

Assoziiert Euch!

Demokratie in komplexen Gesellschaften

Barbara Prainsack und Hendrik Wagenaar

Nach mehr als einem Jahr Dauerkrise ist offenkundig, dass die Krise etwas ist, das wir uns selbst eingebrockt haben – in dem Sinne, dass wir die Umstände geschaffen haben, die es dem Virus ermöglicht haben, uns gesundheitlich und wirtschaftlich so hart zu treffen. Ein Graffiti in Hongkong im Frühling 2020 brachte es auf den Punkt: „Es darf keine Rückkehr zur Normalität geben – denn die Normalität war von vornherein das Problem“ (Wintour 2020). Stimmt das?¹

Die Diagnose

In der reichen Welt waren die letzten Jahrzehnte durch großes Wirtschaftswachstum und rapide technologische Entwicklungen geprägt. Gleichzeitig wurden jedoch die Grundlagen, die diese Entwicklungen möglich gemacht haben, zerstört. Den Mechanismen und Ursachen dieser Prozesse, die zu Umweltzerstörung, zu beispiellosen Ungleichheiten bei Wohlstand und Einkommen, zur Aushöhlung von Arbeitnehmer*innenrechten, und in vielen Ländern zu sozialem Elend von Millionen Menschen geführt haben, sind zehntausende von Büchern, Blogs und Zeitungskommentaren gewidmet. Es hätte nicht COVID-19 brauchen dürfen, um zu erkennen, dass sich die Dinge ändern müssen; und dass das Wirtschaftssystem, das wir geschaffen haben, Menschen und den Planeten tötet.

Warum haben wir bisher nichts dagegen unternommen? Warum wählen wir weiterhin Parteien, die das Problem vergrößern, anstatt es zu lösen? Wir sehen zwei Hauptgründe für diese Trägheit. Erstens: Obwohl wir die einzelnen Teile des Problems verstehen, fällt es uns schwer, sie miteinander zu verbinden. Wir wissen eine Menge über die zerstörerischen Auswirkungen von CO₂ und anderen Emissionen auf die globale Erwärmung. Wir wissen, dass die lebenserhaltenden Systeme des Planeten – Ozeane, Regenwälder, Windströmungen, biologische Vielfalt - miteinander in Beziehung stehen. Wir wissen auch, dass die Kohlenstoff- und Bergbauindustrie riesige Geldsummen für die Lobbyarbeit für die weitere Gewinnung und Nutzung von Kohlenstoffbrennstoffen ausgibt und dass Regierungen und das globale Finanzsystem diese Industrien weiterhin finanzieren. Doch wie all diese Elemente durch komplexe dynamische Netzwerke zusammenhängen ist dem Alltagsbewusstsein der meisten Menschen entzogen.

Zudem sind unsere Prozesse kollektiver Willensbildung nicht auf Komplexität ausgerichtet: sie konzentrieren sich fast immer auf die Veränderung einzelner Faktoren. Und dasselbe gilt für die Institutionen des Regierens, die in einzelne Politikfelder und Budgettöpfe aufgeteilt sind, deren Grenzen von ihren Hüter*innen vehement verteidigt werden.

Der zweite Grund, warum wir die problematischen Aspekte unserer Systeme vor Corona nicht in Angriff genommen haben, ist Hegemonie. Im Wortsinne bedeutet Hegemonie eine Form geistiger Gefangenschaft. Hegemonie ist eine Situation, in der wir nicht in der Lage sind, über unseren kognitiven, moralischen und praktischen Horizont hinauszuschauen. Wir leben, arbeiten, atmen und fühlen in einer Welt, die für uns Sinn macht, in der alles mehr oder weniger selbstverständlich ist. Die Form dieser Welt, ihre offensichtliche, unbestrittene Bedeutung, ist auch in unserer Sprache fest verankert. Wenn wir immer wieder hören, wie Expert*innen, Politiker*innen und Journalist*innen das Wort „Markt“ verwenden, dann gehen wir davon aus, dass die Wirtschaft eben aus einem Markt besteht – und nicht als ein kompliziertes Ensemble von Gesetzen, Regeln, Vorschriften, Politik, Bräuchen, Programmen und informellen Vereinbarungen organisiert ist, die von Regierungen unterstützt werden (siehe auch Pistor 2020).

Unsere Diagnose lautet, dass wir vor Corona in einer hegemonialen Situation gefangen waren. Die Werte und Praktiken des neoliberalen, demokratischen Kapitalismus sind nicht nur in unsere wirtschaftlichen und politischen Institutionen eingeschrieben, sondern auch in unsere privaten Überzeugungen und Bestrebungen (Rose 1999). Aber das erklärt natürlich noch nicht, warum viele von uns sich nicht einmal in einer unhaltbaren Situation gefangen sehen. Was hat unsere Vorstellungskraft für alternative Möglichkeiten so beschränkt?

Die Antwort ist, dass unsere Vorstellungskraft eben nur ein Teil der Geschichte ist. Die Welt, die uns umgibt ist für uns deshalb selbstverständlich, weil sie auf *Praktiken* beruht. Auf dem, was wir täglich tun. Es sind Routinen, in die wir durch und durch sozialisiert wurden und die durch Institutionen, Überzeugungen, Verständnisse, Ideologien und Identitäten immer genährt und fixiert werden (Shove et al. 2012). Diese Praktiken sind eng miteinander verbunden. Versucht man, einen Aspekt dieser dichten Struktur zu reformieren (z.B. die Einführung nachhaltiger Produktionsmethoden), stößt man auf eine andere Institutionen und Praktiken, die sich dagegenstellen (z.B. das internationale Finanzsystem oder das große Netzwerk der Kohlenstoffsubventionen). Widerstand gegen Veränderungen ist hierbei nicht so sehr eine psychologische Eigenschaft, sondern der Effekt der Tatsache, dass wir uns in einem komplexen Netz von Praktiken befinden. Wenn die Lösungen zur Verbesserung der gegenwärtigen Situation in den gleichen Begriffen wie die gegenwärtige Situation formuliert werden, weiß man, dass man sich in einer hegemonialen Situation befindet. Oder umgekehrt: wenn vernünftige Vorschläge mit Ungläubigkeit aufgenommen, oder als realitätsfremd oder undurchführbar abgetan werden, dann weiß man, dass man sich in einer hegemonialen Situation befindet.

Demokratie ist ein Paradebeispiel für eine Denkweise und ein Set an Praktiken, die durch Hegemonie in einer Form von geistiger Gefangenschaft feststecken. Westliche Staaten verstehen und preisen Demokratie meist in der Form der bürgerlich-liberalen repräsentativen Demokratie. Dabei handelt es sich zwar um eine wichtige und tatsächlich weit verbreitete Praxis institutioneller demokratischer Organisation, doch sie ist bei weitem nicht die einzige - und wie viele Beobachter*innen festhalten, eine eher minimalistische Form von Demokratie, die auch noch dazu tendiert, die Verlierer*innen der periodisch stattfindenden Wahlen zu entrechteten. Ebenso ist es die für antidemokratische Kräfte und populistische Bewegungen anfälligste Form. Gleichzeitig organisieren sich in vielen Ländern der Welt Bürger*innen immer öfter selbst, um gemeinsa-

me Güter selbst zu verwalten oder andere Dinge zu tun, die die öffentliche Hand nicht (mehr) erledigt: Diese Bewegungen reichen von landwirtschaftlichen Kooperativen in Lateinamerika (Holt-Gimenez 2006) über regionale und lokale Varianten der direkten Bürger*innen Beteiligung (Kerala [Parayil 1996], Porto Alegre [Avritzer 2009]) bis hin zu sozialen Unternehmen im Bereich sozialer Dienstleistungen, sozialen Wohnbaus und erneuerbarer Energien in Europa (Wagenaar/Healey 2015). Das alles sind erfolgreiche aktuelle Beispiele assoziativer beziehungsweise partizipatorischer Demokratie, einer Idee und vor allem auch eine Praxis, die ihre Wurzeln in den Arbeiter*innenbewegungen Deutschlands, Frankreichs und des Vereinigten Königreichs des Ende des 19. Jahrhunderts haben (Weber 1989). Assoziative Demokratie als Konzept beinhaltet zwei zentrale Gesichtspunkte: einen ökonomischen und einen politischen. Der ökonomische Aspekt umfasst ein Bekenntnis zu einer dezentralen Wirtschaft als Alternative zum Staat als zentrale Planungs- und Leistungserbringungsinstanz. Der politische Aspekt verdeutlicht in diesem Zusammenhang ein Bekenntnis zum Dezentralismus und zur Partizipation als leitende Organisationsparadigmen (Hirst 1994: 15). Zusammengenommen stellt die Assoziative Demokratie eine Alternative zum herrschenden neoliberalen Kapitalismus dar.

Assoziative Demokratie als politische und ökonomische Bewegung verlor zwar durch Niedergang des Gildensozialismus in den 1920er Jahren immer mehr an Bedeutung (Cole 2012[1920]), erfreut sich neuerdings jedoch wieder zunehmender Beliebtheit. Leider stößt dieses Wiedererwachen jedoch auf wenig Interesse seitens etablierter Institutionen. Und Bürger*innen, die neue Formen partizipatorischer Demokratie praktizieren, indem sie zum Beispiel erneuerbare Energie produzieren oder auf lokaler Ebene in der Verwaltung mitwirken, merken sehr schnell, dass sie strukturell gegenüber profitorientierten Dienstleistern und Unternehmen benachteiligt werden. Nur selten haben sie Chancen auf eine Finanzierung, und auch überbordende Regulierung wird häufig zum Problem. Haben sie dennoch all diese Hindernisse einmal überwunden, sind sie oft damit beschäftigt, Übernahmeversuche durch solche profitorientierten Akteure abzuwenden. Ausgerechnet jene Praktiken, die zivile Assoziationen erfolgreich machen, laufen den Interessen und Prozessen von Verwaltungen, profitorientierten Organisationen, Banken und Konzernen zuwider. Praktiken der assoziativen Demokratie bleiben daher oft unsichtbar und werden von der etablierten Politik als irrelevant, kleinteiliger und der repräsentativen Demokratie intellektuell und moralisch unterlegen betrachtet. In einem derartigen Umfeld ist es fast unmöglich geworden, sich ein System vorzustellen, in welchem die Erfahrungen der Bürger*innen im Prozess der kollektiven Willensbildung eine dem Expert*innenwissen und des Kalküls von Politiker*innen gleichwertige Rolle einnehmen. So sieht Hegemonie in der Praxis aus.

In diesem Artikel wollen wir zeigen, welche Reihe von zusammenhängenden Problemen unserer neoliberalen Wirtschaftsordnung die Normalität, die uns in die COVID-19 Welt geführt hat, entstehen hat lassen. Der Kern dieser Probleme ist unsere Unfähigkeit, uns eine gerechtere und effektivere Form der Demokratie, die auf Kooperation, Verbundenheit und Bürger*innen-Ermächtigung basiert, überhaupt vorzustellen.

Keine der Probleme and Lösungen, die wir hier vorschlagen, sind neu. Aber selten wurden sie in Verbindung miteinander gedacht: Während beispielsweise linke Politiker*innen schon seit langem für eine Stärkung öffentlicher Infrastrukturen eintreten, haben sie nur selten konkrete Pläne zur Bewältigung der dysfunktionalen globalen

Finanzordnung. Letzteres ist jedoch eine Bedingung für Ersteres; während eine assoziative Form der Demokratie, wie wir meinen, eine notwendige Vorbedingung darstellt. Zudem sind die einzelnen Elemente miteinander in einem komplexen System verbunden: Wir brauchen daher Lösungen, die der Natur des Problems angemessen sind.

Element 1: Eine gut ausgebaute und funktionierende öffentliche Infrastruktur

Die Auswirkungen der Corona-Krise in Ländern, in denen Wohnraum, Bildung, Gesundheitsversorgung, Transport und andere Dienstleistungen auf dem freien Markt gekauft werden müssen, waren bisher härter und weitreichender als in Ländern, in denen solche elementaren Bedürfnisse durch öffentliche Dienstleistungen befriedigt werden. Öffentliche Infrastrukturen sind eine notwendige Voraussetzung für das Funktionieren intern vernetzter Gesellschaften sowie für jene transnationale Zusammenarbeit, die für die Lösung globaler Probleme erforderlich ist. Angemessene öffentliche Infrastruktur ist eine Form des öffentlichen Reichtums, der die Grundlage einer gleichberechtigten und gerechten Gesellschaft bildet. Öffentliche Infrastruktur ist ein moralisches Gut, das allen zugutekommt. Zu einer guten öffentlichen Infrastruktur gehören eine qualitativ hochwertige, für alle zugängliche Gesundheitsversorgung, ausreichend vorhandener, stabiler und leistbarer Wohnraum, gute und erschwingliche öffentliche Verkehrsmittel, landesweite Breitband- und Mobilfunkabdeckung, erschwingliche Bildung auf allen Ebenen und ein System der sozialen Sicherheit, das katastrophale Risiken mildert.

Element 2: Wohnen ist ein öffentliches Gut und kein Spekulationsobjekt

In einer marktorientierten Gesellschaft ist Wohnraum zu einer Ware geworden. Die Kommodifizierung des Wohnens wird durch ein Netzwerk von Banken, Hypothekengebern, Immobilienagenturen, Notaren, Anwälten und Werbeagenturen unterstützt. Im Ergebnis wurde der Erwerb von Wohneigentum zu einem Glaubensgrundsatz erhoben und Leben in einem Mietobjekt zum Zeichen des persönlichen und sozialen Versagens erklärt. Viele Menschen betrachten Miete als einen unnötigen Transfer von persönlichem Eigentum an den oder die Vermieter*in, und übersehen dabei, dass sie durch ihren Kredit ihr Vermögen an eine Finanzinstitution überschreiben. Dies ist nur allzu verständlich in Ländern, in denen der Kauf eines Eigenheims die einzige Möglichkeit, Zugang zu einer Wohnung zu bekommen, aus der man nicht – wegen mangelnden Mieter*innenschutz – ganz einfach wieder rausgeworfen werden kann, ist. Zudem beruht der Wunsch nach Wohnen im Eigentum auch oft auf dem irrigen Glauben, dass das Eigenheim jemand vor den Launen des Marktes schützen kann. Doch das tut es nicht: Diejenigen, die gezwungen sind, sich – buchstäblich – in den Wohnungsmarkt einzukaufen, sind viel anfälliger für dessen Schwankungen als diejenigen, die sich dagegen entscheiden können.

Wohnen darf nicht zur Ware werden. Menschen dürfen nicht gezwungen werden, große finanzielle Opfer zu bringen, um sich sicheren Wohnraum zu leisten. Dies be-

deutet nicht, dass Wohnraum vollständig dekommodifiziert werden muss. Aber die Besteuerung von Zweitwohnsitzen und Einnahmen aus dem Verkauf von Immobilien, welche die Verkäufer*in nicht selbst bewohnt hat, müssen dafür sorgen, dass Wohnraum nicht als Spekulationsobjekt dient. Zudem sollte jede/r Bürger*in einen Rechtsanspruch auf Wohnraum in bestimmter Größe zu einem bestimmten festgesetzten Mietpreis haben.

Element 3: Eine Neubewertung der Arbeit

In den letzten 40 Jahren hat der Anteil des Wohlstandskuchens, der an die Arbeit ging, stetig abgenommen, während der Anteil des Kapitals zugenommen hat (siehe auch die Beiträge von Zandonella sowie Hubmann/Rendl in diesem Heft). Nach Angaben der OECD ist der Anteil der Arbeit am Volkseinkommen zwischen 1975 und 2013 von mehr als 65 % auf 56 % zurückgegangen (ILO/OECD 2015). Hinter dieser einfachen Zahl verbergen sich einschneidende Veränderungen im Leben der Arbeitnehmer*innen. Schon seit langem stagnieren die Löhne: In den Vereinigten Staaten zum Beispiel stieg die Nettoproduktivität in den vier Dekaden zwischen 1979 bis 2018 sechsmal so stark wie die Löhne. Im gesamten OECD-Raum sieht man denselben Trend einer Entkopplung zwischen Produktivität und Löhnen (wenn auch mit beträchtlichen Unterschieden zwischen den Staaten).

Eine ebenso bedeutende Veränderung in der reichen Welt war die allmähliche Verdrängung unbefristeter, vertraglich abgesicherter, und mit gesetzlichen Arbeitnehmer*innenrechten versehener Vollzeitbeschäftigung durch atypische Beschäftigungsverhältnisse. Dieser Prozess hat verschiedene Ursachen. Fast 25 Prozent aller Arbeitsplätze in den OECD-Ländern sind heute prekär. Das Geschäftsmodell ganzer Sektoren, wie z.B. des Hochschulwesens oder der Pflegeindustrie, beruht auf Niedriglohnarbeit. Im Einklang mit dem individualistischen Glaubensbekenntnis des Neoliberalismus liegt heute die Verantwortung für Beschäftigung und Beschäftigungsfähigkeit bei den einzelnen Menschen. Das geht so weit, dass die Lösung, die für die Probleme der Zukunft der Arbeit gemeinhin vorgeschlagen werden, das so genannte „Upskilling“ ist – also die Um- und Weiterbildung der Menschen. Auch wenn diese Lösung für manche Berufe und Bevölkerungsgruppen eine Option darstellt, stellt „Upskilling“ keine Universallösung dar. Und auch wenn es Lösungsvorschläge gibt, die vorsehen, dass die Allgemeinheit die Menschen dabei unterstützt – wie etwa durch Bildungskonten – so sind die Menschen letzten Endes dafür verantwortlich, wettbewerbsfähig zu bleiben. Die eigene Arbeitskraft ist eine Ware, die mit der Marktnachfrage mithalten muss.

Um diesem Trend entgegenzuwirken, braucht es mehr als bloß den Versuch, atypische und prekäre Erwerbsarbeit in ähnlicher Weise zu schützen wie „typische“ Arbeitnehmer*innen. Wir brauchen eine Neubewertung der Rolle und des Wertes der Arbeit in unserer Gesellschaft. Der erste Schritt auf diesem Weg ist eine breitere Definition, die auch unbezahlte Arbeit miteinschließt. Nicht nur, dass diese Arbeit hauptsächlich von Frauen geleistet wird; unsere Gesellschaft, einschließlich des Wirtschaftssektors, ist für ihr Funktionieren auf un(ter)bezahlte und in den Wirtschaftsstatistiken unsichtbare Arbeit angewiesen.

Ein solcher weiter Arbeitsbegriff wäre die Grundlage dafür, mehr gesellschaftliche Anerkennung, gute Arbeitsbedingungen und faire Entlohnung für Menschen, die heute unbezahlte Arbeit tun, anzustreben. Dies sollte idealerweise im Rahmen einer grünen Joboffensive passieren, die neben ökologischer Arbeit auch soziale und kulturelle Arbeitsplätze schafft. Darüber hinaus ist aber ein Neudenken der Verknüpfung zwischen Einkommen und Arbeit – idealerweise in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens für alle im Land lebenden Menschen (Prainsack 2020b) notwendig.

Element 4: „Good government“

2010 stellte der leider viel zu früh verstorbene britische Historiker Tony Judt in seinem bemerkenswerten Buch über die moralischen Mängel der neoliberalen Gesellschaft (Judt/Snyder 2010) fest, dass inzwischen mehrere Generationen von Menschen herangewachsen waren, die vom Staat nichts Gutes erwarten. Dieser Trend hat sich seitdem noch weiter verschärft: Selbst Beamte haben den Glauben an den Staat als positive gestalterische Kraft verloren; sie haben das Jahrhunderte alte Ethos und den Stolz, der Allgemeinheit zu dienen, gegen den trügerischen Glauben an einen „schlanken Staat“ und die größere Effektivität des Marktes eingetauscht. Auch wenn die Erfahrungen der Coronakrise diese Ideen zumindest zum Teil in Frage stellen. Wie konnte das passieren?

Die ganze Geschichte zu erzählen würde den Rahmen dieses Artikels sprengen; wir konzentrieren uns hier auf eine – und vielleicht die wichtigste – der Ursachen: die Reform der öffentlichen Verwaltung unter dem Schlagwort New Public Management (NPM), die weltweit als Lösung für viele Probleme gefeiert wurde. Ihre Ziele gingen über eine bloße Verwaltungsreform weit hinaus: Sie versuchte die Machtverhältnisse zwischen Politik, Beamtschaft und Märkten radikal umzugestalten. Die Ursprünge des NPM liegen in der so genannten „Public-Choice“-Ideologie, einer Mischung aus Kritik an „zu viel Staat“ und der Anwendung mikroökonomischer Theorien auf die öffentliche Verwaltung.

Die Effizienz der öffentlichen Verwaltung sollte durch die Einführung von Corporate Management-Techniken und quasi-marktwirtschaftlichen Wettbewerb verbessert werden. Einige Bereiche wurden dadurch in der Tat effizienter –logistische Aspekte der Erbringung öffentlicher Dienstleistungen, wie etwa die Ausstellung von Reisepässen oder Führerscheinen. Das Problem war nur, dass sich NPM mit der Reform dieser Teilbereiche nicht begnügte und auch andere, sensiblere Bereiche der öffentlichen Verwaltung – wie Gefängnisse und Altenpflege – mit Management-Instrumenten „verbessern“ wollte. Die Resultate sind hinreichend bekannt: In Staaten, in denen Gefängnisse und andere Teile der Justizverwaltung, die Eisenbahn, oder die Sorge für ältere Menschen privatisiert wurden, sank nicht nur die Qualität der Leistungen, sondern in vielen Fällen wurden die Rechte und Interessen von Menschen auf dem Altar des Shareholder Value geopfert. Wer früher als Bürger*in gesehen wurde ist heute Kund*in. Jene am unteren Ende der Einkommenspyramide sind zudem auch immer des Wohlfahrtsbetrugs verdächtig; laut der Politologin Louise Haag führten in den 1980er Jahren weniger als ein Drittel der OECD-Länder systematische Verhaltenskontrollen durch; im Jahr 2012 taten dies bereits zwei Drittel (Haag 2019; 26).

Nach und nach wurde die NPM zu einem Instrument in der Werkzeugkiste einer aggressiven neoliberalen Politik der Deregulierung, Privatisierung, Steuersenkungen und Einschränkung der Arbeitnehmer*innenrechte, einschließlich der öffentlich Bediensteten. Auftragsvergabe an private Unternehmen, und öffentlich-private Partnerschaften wurden zu Strategien für die Monetarisierung öffentlicher Dienstleistungen.

Der vielleicht schädlichste Effekt des NPM ist jedoch moralischer Natur: Es wird heute als Tatsache betrachtet, dass der Staat im Vergleich zur Privatwirtschaft inkompetent und ineffizient ist und daher in seiner Größe begrenzt und genau überwacht werden sollte. Ironischerweise scheinen das jahrzehntelange Kaputtsparen öffentlicher Einrichtungen und der Exodus von Expertise und Erfahrung vom öffentlichen in den privaten Sektor diese „Tatsache“ zu bestätigen.

Es ist an der Zeit, dass der öffentliche Sektor das Vertrauen in sich selbst wiedergewinnt. In einem Artikel über das „Rote Wien“, jene bemerkenswerte Episode der aufgeklärten öffentlichen Verwaltung in Wien zwischen 1919 und 1933, zeigte einer von uns (HW) in einem gemeinsamen Artikel mit dem Historiker Florian Wenninger auf, was eine durchsetzungsstarke und visionäre Verwaltung erreichen kann. Angesichts der wirtschaftlichen, infrastrukturellen und menschlichen Verwüstungen die der Erste Weltkrieg mit sich gebracht hatte, entwarf und implementierte die neue sozialdemokratische Stadtverwaltung eine integrierte Wohnungs-, Gesundheits-, Bildungs-, Gesundheits- und Kulturpolitik, die den Test der Zeit überstanden hat (siehe auch den Beitrag von Rosecker in diesem Heft). Mehr als ein Jahrhundert später ist Wien immer noch ein weltweites Vorbild für einen fairen, gerechten und ausgewogenen Ansatz für bezahlbaren Wohnraum (auch wenn viele der Elemente, die zum Erfolg des Wiener Sozialbaus beigetragen haben, in den letzten Jahren und Jahrzehnten schrittweise ausgehöhlt wurden). Unabdingbar für diesen Erfolg war eine Gruppe gut ausgebildeter Beamter, die mit einem klaren Verwaltungsethos, einer kreativen und progressiven Steuerpolitik, einer pragmatischen Herangehensweise, der Institutionalisierung von Lösungen, die funktionierten, und einer fortschrittlich-humanistischen Vision zur Verbesserung der körperlichen, geistigen und bildungsmäßigen Verfassung der Arbeiterklasse ausgestattet war.

Der Staat muss die Kontrolle über die Erbringung öffentlicher Dienstleistungen behalten bzw. zurückerlangen. Auch wenn er nicht alle Dienstleistungen selbst erbringen muss, so müssen doch Rahmenbedingungen und Mindeststandards festgeschrieben werden und Organisationen, die nicht profitorientiert arbeiten, mit der Leistungserbringung beauftragt werden. Bürger*innen müssen mehr Einfluss auf das Angebot und die Ausrichtung öffentlicher Infrastrukturen und (Dienst-)Leistungen haben. Eine der kürzesten Definitionen von Demokratie ist, dass Gruppen, die von kollektiven Entscheidungen betroffen sind, die Möglichkeit haben, diese zu beeinflussen. Ein privatisiertes System, das dem Diktat globaler Konzernmärkte unterworfen ist, ist in dieser Hinsicht mit Demokratie unvereinbar.

Element 5: Echte Verantwortung für Unternehmen

Ein Artikel des britischen Schriftstellers James Meek über die Schließung der Schokoladenfabrik Cadbury in der englischen Stadt Keynsham und ihren Umzug in das polnische Skabimierz (Meek 2017) auf der Suche nach billigeren Arbeitskräften fasst alles zusammen, was heute im Unternehmenssektor problematisch ist. Meek beschreibt im Detail, wie eng die Geschichte von Cadbury mit der Kultur und Geschichte von Keynsham verbunden war. Generationen von Einwohnern Keynshams waren in der Fabrik beschäftigt. Das wirtschaftliche Schicksal der Stadt, die Identität und der Stolz ihrer Bewohner waren mit der Schokoladenfabrik verbunden. Aber am Ende zählte das alles nicht, als der Konzern beschloss, seine Produktionsstätte nach Polen zu verlagern. Unterstützt durch Steuererleichterungen und Subventionen der polnischen Regierung und seitens der EU, und aufgrund des Vorhandenseins billiger Arbeitskräfte verlegten die Manager von Cadbury ihr gesamtes Werk in ein Niedriglohmland. Der Cadbury-Vorstand war nämlich von seinen Hauptaktionären, insbesondere einem Hedge-Fonds, der von einem Staatsfonds Katars finanziert wurde, heftig unter Druck gesetzt worden, die Kapitalrendite zu erhöhen.

Abgesehen von den Gewinnen für die Aktionär*innen bedeutete der Umzug Cadburys von Keynsham nach Skabimierz jedoch einen Verlust für alle Beteiligten: In Keynsham führte die Schließung des Werks zu Massenarbeitslosigkeit. Viele ehemalige Cadbury-Arbeiter*innen fanden irgendwann neue Jobs, aber meist in unsicheren, atypischen Beschäftigungsverhältnissen. Die neuen Arbeitsplätze, die in Skabimierz geschaffen wurden, waren keine Jobs, von denen Menschen würdig leben konnten.

Die Cadbury-Geschichte ist ein Sinnbild für den globalen Unternehmenssektor der letzten Jahrzehnte. Seit dem Beginn der 1970er Jahre hat die globale Wirtschaftsordnung eine Reihe komplexer Veränderungen in den Bereichen Recht, Regulierung, Technologie, Unternehmensorganisation, und Geschäftspraktiken durchlaufen, durch die sich große Unternehmen zunehmend von den Gesellschaften, in die sie letztlich eingebettet sind, abgekoppelt haben. Der Unternehmenssektor zu einem globalen Gebilde geworden, das nach seinen eigenen Regeln lebt und zu mächtig ist, um von nationalen Regierungen gezügelt zu werden – und Menschen arm und krank macht. In den USA sterben mittlerweile so viele Menschen an den Folgen von Depression, Alkohol- und Drogenabhängigkeit und Selbstmord, dass Ökonom*innen von „Krankheiten der Verzweiflung“ sprechen (Case/Deaton 2020). Wie ist es so weit gekommen?

Erstens sind unterschiedliche Sektoren und Wirtschaftssysteme immer stärker miteinander verflochten. Unter dem Einfluss technologischer Fortschritte in den Bereichen Transport, Logistik und Informationstechnologie ist ein unendlich komplexes Regime für den Verkehr von Kapital, Waren, Dienstleistungen und Arbeitskräften entstanden, das den gesamten Globus umspannt. Es ist dieses globale System, das mitten im Winter reife Erdbeeren auf österreichische Tische bringt, billige Mode in die großen Läden, Rohöl in Raffinerien auf der ganzen Welt und die notwendigen Teile für die Produktion von Geländewagen in Sunderland in einem Just-in-Time-Produktionsplan. Dieses Regime wird durch ein komplexes Netzwerk an Vereinbarungen, Gesetzen, Regeln und Bräuchen zum Schutz der Unternehmensinteressen aufrechterhalten. Die meisten dieser Verträge setzen nationales Recht außer Kraft und entziehen sich damit faktisch der demokratischen Kontrolle von Staaten.

Zweitens sind transnationale Großkonzerne in den letzten rund 40 Jahren zu wichtigen politischen Akteuren geworden. Der britische Politologe Colin Crouch bezeichnet diese als „giant transnational corporations“, und beschreibt sie als Unternehmen, die auf ihren Märkten hinreichend dominant sind, um die Marktbedingungen zu beeinflussen (Crouch 2011). Sie nützen ihre Machtposition unter anderem dazu, Konkurrenz zu minimieren: Marktzugangsschranken und Änderungen im Kartellrecht, die durch die ökonomische Doktrin des Shareholder Value angeheizt wurden, haben eine so große Konzentration von Unternehmensmacht ermöglicht, dass sich die Märkte in bestimmten Bereichen wirtschaftlicher Aktivität faktisch aufgelöst haben, wodurch sowohl die Idee des „Marktes“ als auch der Demokratie mehr oder weniger bedeutungslos geworden ist.

Drittens ist der Unternehmenssektor seit den 1980er Jahren immer stärker finanzialisiert worden: Es gab eine immer stärkere Konzentration auf Kapitalgeschäfte und verstärkte Investitionen in Finanzanlagen bei gleichzeitiger Verringerung der Investitionen in die „Realwirtschaft“, also der Herstellung von Dingen. Unternehmen sind zu Vehikeln geworden, um die finanziellen Erträge für ihre Investoren und Eigentümer zu optimieren. Oft handelt es sich dabei um Offshore-Equity-Fonds, die, wie wir bereits gesehen haben, in Steuerparadiesen angesiedelt sind. Die Finanzialisierung von Unternehmen bedeutet nicht nur, dass immer weniger in die Realwirtschaft – in Form von Gebäuden, Maschinen, Arbeitskräften – investiert wird, sondern sie birgt auch ein beträchtliches moralisches Risiko. Zum Beispiel haben Unternehmen im Rahmen des Quantitative Easing, als man sehr günstig Geld ausborgen konnte, große Schulden angehäuft. Das ausgeborgte Geld wurde allerdings nicht produktiv investiert, sondern diente der Finanzierung von Aktienrückkäufen, um den Wert der eigenen Aktien zu stützen. Und trotz der Schulden wurden Manager und Führungskräfte fürstlich entlohnt: In den Vereinigten Staaten verdienen Top-Manager*innen das 278-fache ihrer „einfachen“ Mitarbeiter*innen (Mishel/Wolfe 2020).

Das muss sich ändern. Unternehmen, die von der öffentlichen Infrastruktur, den Fähigkeiten und der Ausbildung ihrer Arbeitskräfte, der unsichtbaren Arbeit von Frauen, den natürlichen Ressourcen, die sie nutzen, und den staatlichen Investitionen in Forschung und Innovation profitieren, sind den Gesellschaften, Gemeinden und der natürlichen Umwelt, in der sie tätig sind, etwas schuldig. Es ist höchste Zeit für eine Neubewertung dessen, was das aufgeblähte Konzept der „Unternehmensverantwortung“ bedeuten soll.

Das Zahlen von Unternehmenssteuern wäre der erste Punkt auf unserer Liste. Die Abkehr von der Shareholder-Value-Ideologie und die Orientierung an langfristigen, nachhaltigen Zielen ein zweiter. Die Erweiterung der Leistungsindikatoren von Unternehmen um ökologische und soziale Werte ein dritter Punkt. Und die Schaffung fair bezahlter Arbeitsstellen, gepaart mit einer Reform der Eigentumsstruktur (z.B. in Form von Genossenschaften und anderen Modellen des Miteigentums der Arbeitskräfte am Unternehmen) ein vierter Aspekt. Und schlussendlich ist auch das Auflösen der engen Verflechtung von Politik, Unternehmen und Banken eine Voraussetzung für die Wiederherstellung der demokratischen Kontrolle über den gesamten Wirtschaftssektor. Abschließend würden wir für eine stärkere Unterstützung von KMUs in der öffentlichen Verwaltung und finanziellen Regulierung eintreten. In vielen Ländern sinkt die Zahl der KMUs und vor allem auch kleinerer lokal verankerter Banken. Dieser Prozess wird

noch dazu durch unausgewogene und fehlgeleitete staatliche Vorgaben, Regulierungen und steuerliche Arrangements verstärkt, obwohl KMUs nachweislich mehr und bessere Arbeitsplätze erzeugen, mehr in den Gemeinschaften beitragen und auch noch die lokalen demokratischen Strukturen stärken. KMUs tragen einfach mehr zur öffentlichen Wertschöpfung bei als große multinationale Konzerne (Mitchell 2016: 20).

Element 6: Geld als öffentliches Gut

Der Finanzsektor hat sich zu einem globalen Moloch entwickelt, der zwar Unterstützung vom Staat genießt, aber fast jeder Form effektiver demokratischer und regulatorischer Kontrolle entzogen ist. Ohne Bedachtnahme auf soziale oder ökologische Ziele übt er einen enormen Einfluss auf das Wirtschaftsleben und - direkt, über Kredite, oder indirekt durch andere Faktoren – auf das Leben von Millionen von Menschen aus. Dennoch operiert er, absichtlich oder nicht, weitgehend im Dunkeln. Die New Yorker Wall Street und die Londoner City sind, losgelöst von der Realwirtschaft, zu Symbolen unkontrollierter Macht geworden (Kay 2015; Greenfield 2019; Greenfield/Makortoff 2020), Finanzspekulation, unterstützt durch quantitative Lockerung und ultraniedrige Zinspolitik, hat zu wiederkehrenden Spekulationsblasen geführt. Zudem wurde in den letzten zweihundert Jahren die Produktion eines der wichtigsten öffentlichen Güter, nämlich Geld, genau diesem undurchsichtigen, der demokratischen Kontrolle weitgehend entzogenen, deregulierten System privater Akteure übertragen. Die mangelnde Transparenz des Finanzsektors macht es noch schwieriger, die Risiken riskanter Spekulationen früh genug zu erkennen und gegenzusteuern. Trotz seiner gigantischen Größe und des politischen Einflusses der Finanzelite ist der Finanzsektor sehr zerbrechlich. Allein in den letzten 12 Jahren musste er zweimal durch riesige öffentliche Kredite vor einem drohenden Zusammenbruch gerettet werden.

Wir schlagen vor, dass Staaten verstärkt Kontrolle über die Geldschöpfung ausüben und auch selbst Geld ausgeben, und gleichzeitig die globalisierten Kapitalmärkte durch Kapitalkontrollen einzuschränken. Die private Produktion von Geld hat zu allen geplatzten Vermögensblasen der letzten drei Jahrzehnte wesentlich beigetragen. Indem Staaten sich stärker in die Geldschöpfung einmischen, können sie die Verwendung von Geld und seine gesamtwirtschaftlichen Effekte (zu denen insbesondere die Verteilung von Einkommen und Vermögen zählt) zumindest am Beginn des Geldkreislaufs stärker kontrollieren. Gleichzeitig sind Staaten durch die Einführung von Kapitalkontrollen in der Lage, Kapitalflucht zu kontrollieren, ihre eigenen Zinssätze festzulegen und Kapital in die gewünschten Anlageformen zu verschieben. Öffentliches Geld bedeutet auch die Wiederherstellung des demokratischen Einflusses auf die Geldproduktion.

Vorschläge für eine Reform des Finanzsektors müssen drei Bereiche abdecken: die Produktion von Geld, seine Anlage sowie die Eigentumsverhältnisse und die staatliche Regulierung von Banken. Reformen in nur einem dieser Bereiche sind unzureichend; eine effektive Reform des globalen Finanzsektors erfordert koordinierte Eingriffe in allen drei Bereichen. Erstens sollten sowohl die Produktions- als auch die Investitionsfunktion des Geldes an einen nicht-gewinnorientierten, gemeinnützigen Bankensektor gebunden werden. Diese Banken sollten zweitens von Zentralbanken finanziert und

garantiert werden. Drittens soll es sich dabei um schuldenfreie Produktion von Geld handeln. Dieses kann dann als Kredit mit niedrigen Zinsen mit adäquaten Kriterien, Garantien und Gegenleistungen an Privatpersonen, KMUs und gemeinnützige Organisationen vergeben werden. Bis in die 1980er Jahre gab es in vielen Ländern öffentliche Banken, die einem großen Teil der Bevölkerung kostengünstige Konten anboten.

Die im deutschen Sprachraum lange Zeit weit verbreiteten Genossenschaftsbanken und kommunalen Sparkassen können als Modelle eines neuen Verständnisses von Banken dienen. Die Vorteile von öffentlichen Banken hinsichtlich der Kosteneffizienz, des Risikomanagements und einer Gemeinwesenorientierung sind gut dokumentiert (Scherrer 2014, 17; Mitchell 2016; Brown 2019). Ein solcher gemeinnütziger Banksektor hat zwei Hauptaufgaben: finanzielle Daseinsvorsorge im Sinne einer Versorgung von Bürger*innen, Vereinen, und anderen gemeinnützigen Zusammenschlüssen mit Finanzierungsinstrumenten, und der Sicherstellung einer funktionierenden Volkswirtschaft (Scherrer 2014). In Anbetracht ihrer öffentlichen Funktion muss es diesen Banken verboten werden, auf der Suche nach höheren Gewinnen mit Finanzprodukten im internationalen Finanzsektor zu spekulieren. Sie würden einer strengen öffentlichen Aufsicht unterliegen und könnten im Gegenzug weiter mit bestimmten staatlichen Garantien im Fall einer Krise rechnen (insbesondere die staatliche Einlagensicherung). Gemeinnützigkeit bedeutet dabei, dass sich die Institute verpflichten, nach dem Grundsatz der kaufmännischen Sorgfalt zu handeln sowie ihr Kredit- und Zahlungsgeschäft nicht am Streben nach kurzfristigem Gewinn zu orientieren, sondern an den Bedürfnissen einer realen und nachhaltigen Entwicklung der Volkswirtschaft. (BSA 2000)

Im Bereich der Kreditvergabe kennen öffentliche Banken nach dem Vorbild regionaler Genossenschaftsbanken und kommunaler Sparkassen ihre Kundschaft besser und leiden daher weniger unter Informationsasymmetrien. Außerdem gleicht ein solches System von Banken in öffentlichem Besitz die Bevorzugung von Großunternehmen im Steuer- und Verwaltungsrecht zumindest teilweise aus (Mitchell 2016). Schließlich muss die Regulierung des Bankensektors vom Einfluss des Bankensektors selbst abgekoppelt werden. Zu oft arbeiteten Wirtschaft und Politik zusammen, um zu Regelungen zu kommen, die den privaten Bankensektor begünstigten (Scherrer 2014; Brown 2019). Stattdessen muss Regulierung darauf abzielen, den Wettbewerb zwischen den öffentlichen Banken zu verringern, die Finanzspekulation zu reduzieren, Kapitalkontrollen einzuführen, um die Verlagerung von Kapital in Gebiete mit weniger Regulierung, niedrigeren Steuern oder einer finanzfreundlicheren Politik zu verhindern, und die Ausbildung des Finanzmanagements für öffentliche Banken zu stärken (Scherrer 2014; Pettifor 2018). Um schließlich die öffentliche Unwissenheit über Geld und das Finanzsystem zu bekämpfen, schlagen wir ein nachhaltiges Programm zur finanziellen Bildung vor. Die Öffentlichkeit, gewählte Beamte, öffentliche Verwalter und Medienschaffende müssen über die Funktionsweise und die Auswirkungen des stark privatwirtschaftlich geprägten Geld- und Finanzsystems und über die Umriss einer demokratischen öffentlichen Alternative aufgeklärt werden.

Fazit

Die hier vorgeschlagenen Lösungen sollten als ein Versuch gelesen werden, die Bedingungen für eine grünere und gerechtere Gesellschaft zu beschreiben. Eine starke öffentliche Infrastruktur, erschwinglicher und ausreichend vorhandener Wohnraum, fair bezahlte und gut abgesicherte Arbeitsplätze, Good Governance, ein verantwortungsbewusster Unternehmenssektor, der sich bewusst ist, in welchem hohem Maße er in der Schuld des Rests der Gesellschaft steht, und Wiedereroberung des Geldes als öffentliches Gut sind notwendig, um den Übergang zu einer Gesellschaft und Wirtschaft zu vollziehen, die innerhalb ihrer ökologischen und wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit lebt und zugleich jedem Menschen ein würdiges Leben gewährt. Die Coronakrise hat gezeigt, wie zerstörerisch und ungerecht und letztlich unhaltbar die gegenwärtige politisch-wirtschaftliche Ordnung ist. Und auch wenn die Veränderung dieser Situation eine zu große Aufgabe scheint: Wenn wir wollen, können wir es schaffen. Institutionen sind von Menschen geschaffen und können verändert werden.

Das bringt uns zurück zur Frage der Demokratie, mit der wir diesen Artikel ja bereits begonnen haben. Eine facettenreichere, partizipatorische und integrative Demokratie zieht sich wie ein roter Faden durch alle unsere Vorschläge. Das enge Verständnis einer rein prozeduralen Wahldemokratie, die häufig als Inbegriff der Demokratie gefeiert wird, ist der Komplize der zerstörerischen Praktiken der Wirtschaft, der Finanzwelt, und der Umweltzerstörung. Sie ist den globalisierten Kräften, die die ausbeuterische, ausgrenzende, neoliberale Weltordnung lenken, einfach nicht gewachsen.

Die Stärke der assoziativen Demokratie liegt darin, dass sie nach Prinzipien wie Kooperation, Solidarität, und Gegenseitigkeit organisiert ist – also allesamt Werte, die seit vielen Jahrhunderten die (Selbst-)organisation des sozialen Zusammenlebens geleitet haben. Im Laufe der Geschichte haben sich die Menschen immer schon so organisiert, dass sie die Grundbedürfnisse in ihrer Gemeinschaft befriedigen konnten, z.B. Alten- und Krankenpflege, knappe Ressourcen, Nahrungsmittel, humane Stadtplanung, zugängliches Kapital und so weiter. Manchmal nehmen diese Zusammenschlüsse die Form von Genossenschaften und anderen Kooperativen an, die von den Prinzipien des gemeinsamen Eigentums, des Vorteilsausgleichs und der horizontalen Entscheidungsfindung getragen sind und von den Bürger*innen selbst verwaltet werden. Kommunalverwaltungen auf der ganzen Welt versuchen, der Vertrauenskrise in die öffentliche Verwaltung zu begegnen, indem sie Bürger*innen in ihre Arbeit mit einbeziehen; ein Prozess, den der Demokratietheoretiker Mark Warren als „Governance-geleitete Demokratisierung“ (2014) bezeichnet. Kooperativen sind die grundlegenden Bausteine der Neuen Normalität. Sie sind das schlagende Herz einer humanen, blühenden Gesellschaft, die im Rahmen ihrer ökologischen Möglichkeiten lebt.

Assoziative Demokratie braucht jedoch mehr als eine Bezugnahme auf ein kommunaritisches Wertesystem. Um der Komplexität unserer Welt gerecht zu werden ist es notwendig, Diversität innerhalb unserer politischen und wirtschaftlichen Systeme zu erhöhen und unsere gewohnten und engen Interaktionsmuster zu ändern. Nur auf diese Weise werden Systeme resilienter und „smarter“ – um zwei häufig gebrauchte Begriffe zu bemühen (siehe auch Axelrod and Cohen 2000; Wagenaar 2007). Der Respekt vor der Komplexität der Welt, in der wir leben, setzt voraus, dass jeder Versuch

einer gemeinsamen, kollektiven Lösung zwingend integrativ und partizipativ zu sein hat. Komplexität muss daher ein zentrales Element eines demokratischen Verständnisses sein.

Anmerkung

- 1 Die Gedanken dieses Artikels fußen auf Wagenaar, H./Prainsack, B. (2021) *The Pandemic Within: Policy Making for a Better World*. Bristol: Policy Press.

Danksagungen

Die Autor*innen danken Elias Weiss, Felix Butzlaff, und dem gesamten Redaktionsteam des *Kurswechsel* für hilfreiche Kommentare.

Literatur

- Avritzer, L. (2009) *Participatory Institutions in Democratic Brazil*, Baltimore, ML: John Hopkins University Press.
- Axelrod, R. and Cohen, M.D. (2000) *Harnessing Complexity. Organizational Implications of a Scientific Frontier*, New York: Basic Books.
- Bowman, A. et al (2015) *What a waste. Outsourcing and how it goes wrong*. Manchester: Manchester University Press.
- Brown, E. (2019) *Banking on the People: Democratizing Money in the Digital Age*, Washington DC: Democracy Collaborative.
- BSA – Bund Sozialdemokratische AkademikerInnen (2000a) „Banken in den Dienst der Menschen stellen. Eine Vision für eine nachhaltige Reform des Bankenwesens“: https://www.bsa.at/sites/default/files/a6_broschre_finanzenmarktgruppe_banken_in_den_dienst_der_menschen_stellen.pdf; zuletzt abgerufen am 11.12.2020.
- Case, A./Deaton, A. (2020) *Deaths of Despair and the Future of Capitalism*, Princeton, NJ: Princeton University Press.
- Cole, G.D.H. (2012 [1920]) *Guild Socialism Re-Stated*. London: Forgotten Books.
- Crouch, C. (2011) *The Strange Non-death of Neo-liberalism*, Hoboken, NJ: John Wiley & Sons.
- Greenfield, P. (2019). Top investment banks provide billions to expand fossil fuel industry. *The Guardian*. Online verfügbar: <http://www.theguardian.com/environment/2019/oct/13/top-investment-banks-lending-billions-extract-fossil-fuels>; zuletzt abgerufen am 30.04.2021.
- Greenfield, P./Makortoff, K. (2020). Study: Global banks „failing miserably“ on climate crisis by funneling trillions into fossil fuels. *The Guardian*. Online verfügbar: <http://www.theguardian.com/environment/2020/mar/18/global-banks-climate-crisis-finance-fossil-fuels>; zuletzt abgerufen am 30.04.2020.
- Haagh, L. (2019) *The Case for Universal Basic Income*. New York, NY: John Wiley & Sons.
- Hirst, P. (1994) *Associative Democracy: New Forms of Economic and Social Governance*. Cambridge: Polity Press.
- Holt-Gimenez, E. (2006) *Campeño a Campeño: Voices from Latin America’s Farmer to Farmer Movement for Sustainable Agriculture*, Oakland, CA: Food First Books.
- Kay, J. (2015) *Other People’s Money. Masters of the Universe or Servants of the People?* London: Profile Books.
- ILO/OECD (2015) *The Labor Share in G20 Economies*. Report prepared for the G20 Employment Working Group Antalya, Turkey, 26–27 February 2015. (<https://www.oecd.org/g20/topics/employment-and-social-policy/The-Labour-Share-in-G20-Economies.pdf>). Zuletzt abgerufen am 26. Februar 2021

- Laville, S. (2019). Fossil fuel big five „spent €251m lobbying EU“ since 2010. The Guardian. Online verfügbar: <http://www.theguardian.com/business/2019/oct/24/fossil-fuel-big-five-spent-251m-lobbying-european-union-2010-climate-crisis>; zuletzt abgerufen am 30.04.2021.
- Meek, J. (2017) 'Somerdale to Skarbimierz', London Review of Books, 39(8), 3–15.
- Mishel, L./Wolfe, J. (2020) „CEO Compensation Has Grown 940% since 1978: Typical Worker Compensation Has Risen Only 12% during That Time“. Economic Policy Institute. Online verfügbar: <https://www.epi.org/publication/ceo-compensation-2018/>; zuletzt abgerufen am 30.04.2021.
- Mitchell, S. (2016). Monopoly Power and the Decline of Small Business. The Case for restoring America's Once Robust Antitrust Policies, Minneapolis, MN: Institute for Local Self-Reliance
- Parayil, G. (1996) The 'Kerala model' of development: development and sustainability in the Third World, Third World Quarterly, 17(5): 941–957.
- Pettifor, A. (2017) The Production of Money. How to Break the Power of Bankers, London: Verso.
- Pistor, K. (2020) The code of capital: How the law creates wealth and inequality. Princeton University Press.
- Prainsack, B., (2020a) Solidarity in Times of Pandemics. Democratic Theory, 7(2), pp.124–133.
- Prainsack B. (2020b) Vom Wert des Menschen: Warum wir ein bedingungsloses Grundeinkommen brauchen. Brandstätter.
- Rose, N., (1999) Powers of freedom: Reframing political thought. Cambridge University Press.
- Scherrer, C. (2014) Öffentliche Banken bedürfen gesellschaftlicher Aufsicht. Kurswechsel, 4, pp. 16–24.
- Shove, E./Pantzar, M./Watson, M. (2012). The Dynamics of Social Practice. Everyday Life and How It Changes, Thousand Oaks, CA: Sage.
- Snyder, T./Judt, T. (2013) Thinking the twentieth century. Random House.
- Spahl, W. (2021) In welcher Normalität wollen wir leben? Der Standard Blog, 31. März 2021. Online verfügbar: <https://www.derstandard.at/story/2000125441782/in-welcher-normalitaet-wollen-wir-leben> ; zuletzt abgerufen am 30.04.2021.
- Venuleo, C./Gelo, C.G.O./Salvatore, S. (2020) Fear, affective semiosis, and management of the pandemic crisis: COVID-19 as semiotic vaccine. Clinical Neuropsychiatry, 17(2), pp.117–130.
- Wagenaar, H., (2007) 'Governance, complexity and democratic participation: how citizens and public officials harness the complexities of neighbourhood decline', American Review of Public Administration, 37(1): 17–50.
- Wagenaar, H./Healey, P. (2015) 'Interface: The Transformative Potential of Civic Enterprise, Planning Theory and Practice, 16(4): 557–561.
- Wagenaar, H./Prainsack, B. (2021) The Pandemic Within: Policy Making for a Better World. Bristol: Policy Press.
- Wagenaar, H./Wenninger, F. (2020) 'Deliberative Policy Analysis, Interconnectedness and Institutional Design: lessons from 'Red Vienna'', Policy Studies, 41(4), 411–437.
- Warren, M.E. (2014) 'Governance-Driven Democratization,' in Griggs, S., Norval, A. J. and Wagenaar, H. (eds.) Practices of Freedom. Decentered Governance, Conflict and Democratic Participation, Cambridge: Cambridge University Press, 38–60.
- Weber, P. (1989). Sozialismus als Kulturbewegung. Frühsozialistische Arbeiterbewegung und das Entstehen zweier feindlichen Brüder Marxismus und Anarchismus, Düsseldorf: Droste Verlag.
- Wintour, P. (2020) 'Coronavirus: who will be winners and losers in new world order?'; The Guardian, 11 April 2020, Online verfügbar: <https://www.theguardian.com/world/2020/apr/11/coronavirus-who-will-be-winners-and-losers-in-new-world-order>; zuletzt abgerufen am 30.04.2021.

